

Wirtschaft



SMI 8545 Punkte
+0.1%

Die Besten Die Schlechtesten
Sikal +2.2% Nestlé N -0.7%
Geberit N +1.4% Swisscom N -0.7%
UBS Group N +1.0% Zurich Ins. N -0.5%

Dow Jones Ind. 25146 Punkte
+1.4%

Euro Stoxx 3461 Punkte
+0.1%

Euro in Franken	1.160	0.71%
Dollar in Franken	0.986	-0.05%
Euro in Dollar	1.177	0.76%
GB-Pfund in Franken	1.323	0.41%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	74.67	0.4%
Gold (Unze) in Dollar	1301.80	0.5%
Silber (Unze) in Dollar	16.46	0.6%

Nachrichten

Bestechungsfall Credit Suisse bezahlt den USA 47 Millionen

Die Grossbank Credit Suisse hat einen weiteren Streitfall mit dem US-Justizministerium gelöst: Sie bezahlt 47 Millionen Dollar an die Behörde. Diese hatte die Einstellungspraktiken der Credit Suisse in Asien unter die Lupe genommen: Dabei ging sie dem Verdacht nach, dass die Bank der Regierung nahestehende Personen eingestellt hat - im Gegenzug für Aufträge im Investmentbanking oder behördliche Genehmigungen. Der Credit Suisse wurde dabei vorgeworfen, gegen US-Bestechungsrichtlinien verstossen zu haben. (Reuters)

Konjunktur Economiesuisse für das kommende Jahr skeptisch

Der Unternehmensdachverband Economiesuisse sieht die Schweizer Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs. Für das laufende Jahr rechnet er mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,3 Prozent. Damit ist er gegenüber seiner bisherigen Einschätzung, die bei 2,2 Prozent gelegen hatte, leicht optimistischer geworden. Für das kommende Jahr rechnet er indes wegen des Wiederaufflammens der Eurokrise und des Handelskriegs nur noch mit einem Wachstum von 1,7 Prozent. (SDA)

Tourismus Sawiris-Firma schreibt erneut rote Zahlen

Der Immobilienentwickler Orascom DH hat im ersten Quartal den Umsatz um 41 Prozent auf 74 Millionen Franken gesteigert, aber erneut einen Verlust erlitten. Dieser fiel allerdings mit 7 Millionen deutlich geringer aus als im Vorjahr. Damals waren es noch 13 Millionen Franken gewesen. Orascom DH gehört dem ägyptischen Investor Samih Sawiris, der in Andermatt UR ein grosses Ferienresort baut. (SDA/Red)

Staatshaushalt Griechenland strebt hohe Überschüsse an

Griechenland will die Zielvorgaben der internationalen Geldgeber bei umstrittenen Finanzfragen deutlich übertreffen. In diesem Jahr plant das pleitebedrohte EU-Mitglied mit einem Überschuss von 3,56 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Geldgeber fordern ein Plus von 3,5 Prozent. Kommendes Jahr soll es 3,96 Prozent, 2020 dann 4,15 Prozent und 2021 schliesslich 4,53 Prozent betragen. Für 2022 rechnet Griechenland sogar mit 5,19 Prozent. Diese Planung gründet vor allem auf deutlichen Einsparungen. (SDA)

Massenentlassungen verfälschen das rosige Gesamtbild

Die Hiobsbotschaften von Postfinance, OVS und Nestlé täuschen über die gute Lage am Arbeitsmarkt hinweg.

Robert Mayer

Mit jeder Entlassung ist ein Einzelschicksal verbunden - oder auch mehrere mit Blick auf die mitbetroffenen Familienmitglieder. Entsprechend gross ist die öffentliche Aufmerksamkeit, wenn Unternehmen über Stellenstreichungen in grösserem Stil berichten. In jüngster Zeit war dies bei Postfinance, Nestlé und der Charles-Vögele-Nachfolgerin OVS der Fall.

Allein diese drei Arbeitgeber beabsichtigen den Abbau von mehr als 2000 Arbeitsplätzen. Gestern wurde zudem bekannt, dass der Rückversicherer Swiss Re damit begonnen hat, Kündigungen auszusprechen. Bereits zu Beginn dieses Jahres hatte die Credit Suisse für ihre Schweizer Einheit im Laufe dieses Jahres eine nochmalige Ausdünnung um 300 Stellen in Aussicht gestellt, und die Übernahme von Notenstein La Roche durch die Bank Vontobel dürfte nach Einschätzung von Beobachtern bei der Raiffeisen-Tochter mit einer Jobkürzung in einer ähnlichen Grössenordnung verbunden sein.

Verzerrte Wahrnehmung

Doch letztlich handelt es sich bei all diesen Hiobsbotschaften um Einzelfälle, die für das Gesamtbild des Schweizer Arbeitsmarktes wenig repräsentativ sind. Dieser zeige sich vielmehr in einer «starken Verfälschung» und sei «von einem breiten Aufschwung erfasst», sagt Michael Siegenthaler, Arbeitsmarktexperte der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich. Tatsächlich sind im ersten Quartal dieses Jahres 77 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden im Vergleich zum Vorjahr. Im gleichen Zeitraum hat sich gemäss Bundesamt für Statistik die Zahl der offenen Stellen um 11 000 erhöht.

Für George Sheldon, Leiter der Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik in Basel, sind der Stellenabbau bei einzelnen Unternehmen und das rosige Bild für den Gesamtmarkt kein Widerspruch. Im Gegenteil: «Genau dies zeichnet eine dynamische, wandlungsfähige Wirtschaft aus.» Der vermeintliche Widerspruch beruht gemäss Sheldon auf einer verzerrten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. «Massenentlassungen gibt es immer wieder», sagt der Arbeitsmarktexperte, «und darüber wird auch in den Medien berichtet.» Dagegen seien Masseneinstellungen höchst selten. Vielmehr erfolge der Stellenaufbau in vielen kleinen Schritten übers ganze Land ver-



Beim Kleiderhändler OVS stehen zwar über 1000 Stellen auf dem Spiel. Foto: Christian Beutler (Keystone)

«Massenentlassungen gibt es immer wieder. Dagegen sind Masseneinstellungen höchst selten.»

George Sheldon, Arbeitsmarktexperte

teilt, bis er sich schliesslich in der Statistik niederschlägt.

Vom derzeitigen Beschäftigungsaufbau profitieren sowohl Industrie und Bau als auch Dienstleistungen. Für Ersteres bedeutet der Aufbau von 14 000 Jobs im ersten Quartal das beste Ergebnis seit zehn Jahren. Es bestätigt Einschätzungen von Konjunkturbeobachtern, wonach die Industrie drei Jahre nach der Aufhebung der Eurountergrenze von 1.20 Franken den damaligen Schock endgültig verdaut hat. «Wir stellen in unseren Umfragen ebenfalls eine deutlich optimistischere Stimmung in den Industriefirmen fest», sagt Michael Siegenthaler.

Im Dienstleistungssektor sind von Januar bis März dieses Jahres gar 64 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden - dies allerdings mit deutlichen Unterschieden je nach Branche. Während insbesondere das Gastgewerbe im Vorjahresvergleich 13 000 zusätzliche Stellen anbot, verzeichneten Banken, Versicherungen und Handel leichte Jobverluste. Für Siegenthaler widerspiegelt sich darin der «stetige Strukturwandel, der immer Gewinner und Verlierer hervorbringt».

Banken im steten Wandel

Im Bankengewerbe ist der Wandlungsprozess seit mindestens einem Jahrzehnt im Gang, angetrieben von verschärften Regulierungen im Nachgang zur Finanzkrise, der vom Ausland erzwungenen Aufgabe des Bankheimnisses, verschärftem Margendruck als Folge des Tiefzinsumfelds - und jüngst nun von der Digitalisierung, die Technologiekonzernen den Vorstoss in angestammte Bankgeschäfte wie den Zahlungsverkehr ermöglicht.

Doch die Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen ist nicht zwangsläufig mit einem Aderlass bei den Arbeitsplätzen im Inland verbunden. So zeichnet sich bei der Auslagerung von Arbeitsplätzen an externe Dienstleister, die meist im kostengünstigeren Ausland operieren, eine Gegenbewegung ab. Statt von Outsourcing ist nun von Insourcing die Rede. Bei der Grossbank UBS hat diese Kehrtwende in den ersten drei Monaten dieses Jahres zu einem Zuwachs von rund 1200 Mitarbeitenden geführt, wie die «NZZ am Sonntag» kürzlich berichtete. Eine der treibenden Kräfte ist wiederum die Digitalisierung, mit deren Hilfe sich stets wiederholende Tätigkeiten einfacher automatisieren lassen.

Während die Jobaussichten bei Banken ungewiss bleiben, gibt es eine Reihe von Branchen, die händierend nach Arbeitskräften suchen. Michael Siegenthaler verweist dabei auf die Unternehmensberater, den Gesundheits- und den Erziehungsbereich sowie auf den Informations- und Kommunikationssektor.

Facebooks heikle Datenlieferung

Kurz nach dem Datenskandal wird bekannt: Mark Zuckerbergs Konzern teilte Nutzerdaten mit chinesischen Firmen - darunter eine, vor der die USA Angst haben.

Facebook gewährt mehreren chinesischen Technologiekonzernen Zugang zu einem Teil seiner Nutzerdaten. Der US-Internetkonzern, der das weltgrösste soziale Netzwerk betreibt, bestätigte gestern einen Bericht der «New York Times». Unter weltweit rund 60 Firmen, die auf vertraglicher Basis Zugang zu bestimmten Facebook-Nutzerdaten hätten, seien die chinesischen Handyhersteller Huawei, Oppo und TCL sowie der Computerhersteller Lenovo.

Besonders beim weltweit drittgrössten Handybauer Huawei haben US-Behörden grosse Sicherheitsbedenken. Der Geheimdienstausschuss des US-Repräsentantenhauses habe erstmals 2012 seine Besorgnis über Huawei geäussert, erklärte der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Senator Mark Warner. US-Geheimdienste befürchten, dass über chinesische Technologiefirmen Spionage und Cyberangriffe möglich sein könnten.

Facebook erklärte, mehr als die Hälfte der umstrittenen Datenpartnerschaften seien bereits beendet - die mit Huawei werde noch diese Woche folgen. Die Kooperationen hätten den Zweck gehabt, Facebook-Nutzern auf mobilen Endgeräten ihre Kontoeinstellungen zugänglich zu machen. Die «New York Times» hatte berichtet, auch Daten von Freunden der Facebook-Nutzer könnten ohne deren ausdrückliche Zustimmung zugänglich gemacht worden sein. Facebook bestreitet das.

Zuckerberg räumte Fehler ein

Das US-Unternehmen und sein Gründer Mark Zuckerberg stehen bereits im Zentrum eines spektakulären Datenskandals: Die Analysefirma Cambridge Analytica soll die Informationen von 87 Millionen Facebook-Mitgliedern missbraucht haben, um US-Präsident Donald Trump im Wahlkampf zu unterstützen. Von der unrechtmässigen Nutzung waren auch bis zu 2,7 Millionen Anwender in der Europäischen Union betroffen.

Nach zwei Anhörungen im US-Kongress hat sich Zuckerberg auch im Europäischen Parlament schuld bewusst gezeigt: Facebook habe nicht genug getan - bei Falschnachrichten, der Einmischung in Wahlen oder dem Missbrauch von Nutzerinformationen. (SDA)

Europa schlägt zurück

Im Handelsstreit mit den USA will die EU von Juli an Vergeltungszölle verhängen. Betroffen sind in einer ersten Phase Waren im Wert von 2,8 Milliarden Dollar.

Alexander Mühlauer
Brüssel

Die Europäische Union wehrt sich im Handelsstreit mit den USA. Als Antwort auf die von der Regierung Trump verhängten Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte will die Europäische Kommission binnen vier Wochen mit Vergeltungsmassnahmen reagieren. Bis Ende Juni soll eine Einigung mit den Mitgliedsstaaten erzielt werden, «sodass die neuen Zölle ab Juli gelten», sagte Kommissionsvizepräsident Maros Sefcovic gestern. «Die Anwendung der Ausgleichszölle steht voll im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation», erklärte Sefcovic. Es handle sich um eine «massvolle und sinnvolle Antwort auf die unilaterale und illegale Entscheidung der USA».

Die EU will zunächst Waren im Wert von 2,8 Milliarden Euro mit Zöllen belegen. Dazu zählen neben Stahlprodukten

auch Bourbon-Whiskey, Erdnussbutter, Motorräder von Harley-Davidson und Jeans des Herstellers Levi's. In einer zweiten Phase können von 2021 an weitere US-Produkte im Wert von 3,6 Milliarden Euro getroffen werden. Zusammen wären das 6,4 Milliarden Euro - was genau jenem Zollwert entspricht, mit dem die USA seit dem 1. Juni Stahl- und Aluminiumerzeugnisse belegen.

US-Präsident Donald Trump drohte zudem mit Zöllen auf europäische Autos und Autoteile. Vor gut einer Woche wies er das Wirtschaftsministerium an, zu prüfen, ob die hohe Zahl importierter Autos die Leistungsfähigkeit der US-Industrie bedroht. Sollte das Ministerium tatsächlich zu diesem Ergebnis kommen, schwebt dem Präsidenten eine Verzehnfachung des bisherigen Zollsatzes auf 25 Prozent vor; die EU verlangt ihrerseits 10 Prozent.

Trump ist es seit je ein Dorn im Auge, dass in den USA viel mehr europäische und asiatische Wagen verkauft werden als amerikanische Autos im Ausland. Daran sind die US-Hersteller allerdings mitschuldig, weil sie sich auf den Bau der lukrativen, im Inland besonders beliebten Sportgeländewagen konzentrieren. 2017 importierten die USA Autos im Wert von fast 180 Milliarden Dollar - 16 Prozent mehr als noch 2013.